



Birgit Niemann-Hollatz

Fraktionsvorsitzende

Detlef Gohr

Fraktionsgeschäftsführer

Geschäftsstelle

Blessenstätte 23 A

33330 Gütersloh

fon:05241/2115698

Kreishaus

Herzebrocker Straße 140

33324 Gütersloh

fon:05241- 85-1027

Rede zum Haushaltsplan 2024 des Kreises Gütersloh

Es gilt das gesprochene Wort.

www.gruene-kreitagfrac tion.de

info@gruene-kreitagfrac tion.de

04.03.2024

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Haushaltsreden werden gerne zur Generalabrechnung genutzt. Dafür, denken wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist gerade nicht der richtige Zeitpunkt.

Erstens sehen wir, dass die Kreisverwaltung richtig gute Arbeit macht, für die wir uns als politische Fraktion und als Bürgerinnen und Bürger des Kreises Gütersloh ausdrücklich bedanken möchten. Den stets transparenten Umgang mit den Herausforderungen und den Lösungswegen wissen wir sehr zu schätzen. Zweitens leben wir in einer Zeit, in der unsere Freiheit, unser demokratisches System und damit letztendlich auch unser Wohlstand so bedroht sind, wie seit etwa 90 Jahren nicht mehr.

Die Gründe dafür sind zahlreich: Wir hatten Corona, und die Folgen spüren insbesondere die Kinder und Jugendlichen, denen Corona in ihrer Entwicklung geschadet hat. Dem einen mehr, dem anderen gar nicht. Aber viele junge Menschen kämpfen heute noch mit den Folgen.

Bereits seit zwei Jahren sorgt der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine für unendliches Leid. Viele Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, haben bei uns Zuflucht gesucht und gefunden. Dieser Krieg belastet nicht nur die Menschen, sondern hat auch zu wirtschaftlichen Verwerfungen geführt.

Wir erleben starke gesellschaftliche Umbrüche.

Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Immer weniger junge Leute müssen für immer mehr Menschen sorgen, die nicht mehr arbeiten und mit zunehmendem Alter auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Immer mehr junge Menschen haben andere kulturelle Wurzeln, gestalten ihr Leben anders. Wir alle sind darauf angewiesen, dass alle jungen Menschen, die in Deutschland leben, die demokratischen Ideen von Frieden und Freiheit teilen. Wir sind darauf angewiesen, dass sie dies in die Zukunft weitertragen und dass sie sich am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben beteiligen.

Und zu all dem kommt noch der Klimawandel. Dessen verheerende Folgen erleben wir zum Beispiel in den Extremwetter-Ereignissen hier bei uns vor der Haustür und in der ganzen Welt. Denken wir nur an das Hochwasser, das zu Weihnachten 2023 bei uns für Überschwemmungen und zahlreiche vollgelaufene Keller und Wohnhäuser sorgte.

Vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen und Umbrüche haben es Leute, die einfache Lösungen versprechen und einen Sündenbock finden und benennen, leicht, sich Gehör zu verschaffen. Sie bieten Erklärungen an, die einfach, bestechend und falsch sind. Und alles, was nicht jemandem in die Schuhe geschoben werden kann – zum Beispiel den Politiker*innen, den

Grünen oder den Migrant*innen -, wird schlicht geleugnet. Alles „paletti“, „schön“, und schon können wir – vermeintlich - so weiterleben wie bisher.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen in den demokratischen Parteien, lassen Sie uns in diesen schwierigen Zeiten gemeinsam arbeiten und den Herausforderungen zusammen gute Lösungen entgegensetzen – und, ganz wichtig, positiv Denken. Jetzt gilt es zusammenzuhalten und den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Gütersloh zu zeigen, dass uns nur die Demokratie auf einen zukunftsfähigen Weg führt.

Lassen sie uns mit der Verwaltung gut zusammenarbeiten und nicht im „Kleinklein“ verlieren. Das würde Bürgerinnen und Bürger politikverdrossen machen und schlimmstenfalls in die Arme von Rechtsextremisten treiben.

Und nun komme ich zu den **konkreten Themen im Kreishaushalt**:

In der **Kinder- und Jugendhilfe** des Kreises Gütersloh arbeiten Menschen, die einen guten Blick für die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen haben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten sich im letzten Jahr zur Decke strecken, um alle unbegleiteten Minderjährigen zu versorgen, denn der Fachkräftemangel macht sich nicht nur in den Kitas, sondern auch in der stationären Betreuung schmerzhaft bemerkbar. Wir müssen immer im Auge behalten: Die Kinder- und Jugendhilfe ist die Stelle, die sich um die Zukunft der jungen Menschen und damit um die Zukunft dieses Landes kümmert.

Kinder, und insbesondere Kinder, die unter den Corona-Folgen leiden, die aus belasteten Familien kommen oder die schlimme Fluchterfahrungen hinter sich haben, brauchen - unabhängig von der Haushaltsslage - Unterstützung. Probleme lösen sich selten von allein, in der Regel werden sie schlimmer, wenn man sich nicht kümmert.

Aus unserer Sicht kümmert sich das Jugendamt vorbildlich. Wir haben eine Koordination für den Kinderschutz und die aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit wurde gestärkt. Das ist besonders wichtig, um die jungen Menschen zu erreichen, die wenig Hilfe in ihrer Umgebung durch ihre Familien oder andere Erwachsene erfahren.

Gleichzeitig hat die Jugendhilfe auch die Kosten im Blick. Wir begrüßen ausdrücklich das Modellprojekt zur Pool-Lösung bei den Inklusionshelfern an Schulen. Hier findet sich pädagogisch ein sinnvoller Ansatz, der den Kindern hilft, die Lehrkräfte in den Schulen unterstützt, geltendes Recht für Eltern nicht außer Kraft setzt und Kosten spart.

Apropos Schule:

Zur Umsetzung der Förderrichtlinie **Ganztagsausbau** NRW kann an den Förderschulen zum Teil schon mit Maßnahmen begonnen werden, auch wenn noch nicht alle Vorgaben für die Ausführung klar sind. Problem wird wohl nicht in erster Linie der Platz sein. Klassenräume sind vorhanden und sollen jetzt flexibler genutzt werden. Diese flexible Nutzung wäre effektiv sowie kosten- und ressourcensparend. Sie wird seit Jahren diskutiert, ließ sich aber bis jetzt nicht im Schulalltag umsetzen.

Eine Umsetzung allerdings ist dringend erforderlich, denn die Schülerzahlen an den Förderschulen steigen weiter an. Auch die inklusive Beschulung an den Regelschulen ist ausgelastet. Wenn wir hier Lösungen finden wollen, dürfte eine neue Schulentwicklungsplanung für die Förderschulen des Kreises nicht ausreichen. Das ganze System müsste in Ruhe überdacht und weiterentwickelt werden. Das können wir aber nicht allein im Kreis Gütersloh hinbekommen.

Das Projekt Abschluss statt Abbruch ist zunächst für ein Jahr gesichert. Das begrüßen wir ausdrücklich. Jetzt kann in Ruhe überlegt werden, wie das Projekt in Zukunft finanziell und inhaltlich gut aufgestellt werden kann und wie es sich auch auf andere Berufskollegs übertragen lässt.

Bei der **Digitalisierung** sind wir **in den Schulen** ein gutes Stück vorangekommen. Die größten Investitionen sind abgeschlossen. Die Schulen sind mit Hardware versorgt, lediglich die internationalen Klassen müssen noch ausgestattet werden. Jetzt und in Zukunft wird es mehr um Unterhalt und Neubeschaffung gehen. Auch dafür müssen Mittel bereitgestellt werden. An dieser Stelle können wir uns das Sparen nicht leisten.

Ein Thema, das uns schon lange intensiv und – so hoffe ich – auch weiterhin beschäftigen wird, ist die **Gedenkstätte Stalag 326**:

Seit einer guten Woche nimmt das Thema wieder richtig Fahrt auf – gut so. Die CDU hat einen Vorschlag vorgelegt, der offensichtlich einen guten, tragfähigen Kompromiss darstellt. Für uns ist es unverzichtbar, dass die Machbarkeitsstudie die Grundlage für die Weiterentwicklung zu einer Gedenk- und Erinnerungsstätte mit nationaler Bedeutung darstellt. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, die zugesagten Fördergelder des Bundes zu erhalten.

Unsere Grüne Fraktion trägt den Kompromissvorschlag von Landtagspräsident Kuper mit. Es ist ein Vorschlag, hinter dem wir uns – hoffentlich - alle versammeln können. Das Ziel ist ein gemeinsam formulierter und getragener Beschluss für den Kreisausschuss in zwei Wochen. Wir sprechen uns für eine anschließende Sondersitzung des Kreistags aus, um den Beschluss zu bestätigen, wie es fast alle anderen Kreise sowie die Städte Bielefeld und Schloß Holte-Stukenbrock schon gemacht haben. So kommen wir – hoffentlich – gemeinsam einen guten Schritt vorwärts zum Ziel, Stalag zu erhalten und weiterzuentwickeln zu einem Erinnerungsort gegen Krieg und gegen Vergessen, für Frieden, Freiheit und für Demokratie. Darum ist Stalag 326 so wichtig.

Nun komme ich zu weiteren GRÜNEN Herzensthemen: Klimaschutz, Energie und Mobilität.

Es ist schon erstaunlich, wie es uns gelingt, auch durch diesen zweiten Winter nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine zu kommen angesichts von **Gas- und Energiemangel, Blackout und Energiekrise**. Auch in diesem 2. Winter ist es uns gelungen, ohne russisches Gas auszukommen – eine gute Leistung und ein Erfolg, wie wir auch in diesem Jahr wieder sehen können.

Damit es mit dem Klimaschutz im Kreis weitergeht, haben wir schon im letzten Jahr gefordert: Volle Kraft voraus für **Klimaschutz und Erneuerbare Energien**. Aber da sind wir nicht wirklich viel weitergekommen.

Flächen für Freilandphotovoltaikanlagen finden sich nicht von allein. Verwaltung und Politik sollten gemeinsam daran arbeiten, Flächen zu finden oder zumindest die Suche nach Flächen zu forcieren. Auch mit Windkraftanlagen geht es im Kreis unserer Meinung nach viel zu langsam voran. Wir wissen, dass dafür ausreichend Personal in der Verwaltung benötigt wird. Dass das allerdings zur Zeit leider nicht da ist, wissen wir auch. Deshalb haben wir auf Anträge im Rahmen des Haushalts zu diesem Thema verzichtet. Allerdings wissen wir auch, dass jedes Zögern und jedes Jahr, in dem nur wenig Photovoltaik-Anlagen errichtet und keine Genehmigungen für Windenergieanlagen erteilt werden, Stillstand bedeuten. So können wir unsere Klimaschutzziele nicht erreichen.

Das **Klimaschutzkonzept** muss endlich wieder aus der Schublade herausgeholt werden! Wir müssen endlich die effizienten Maßnahmen weiter zügig umsetzen und finanzielle Mittel dort einsetzen, wo wir mit wenig Personal am meisten für den Klimaschutz erreichen können. Wir hoffen sehr, dass eine neue Klimaschutzmanagerin bzw. ein neuer Klimaschutzmanager gefunden werden können – möglichst schnell! Und wir hoffen außerdem, dass das es gelingt, die dringend benötigte Stelle für die Leitung des Sachgebietes Klimaschutz und Planung zügig wieder zu besetzen.

Auch die Stelle für eine*n Mobilitätsmanager*in ist zur Zeit unbesetzt. Wir hoffen, dass hier zeitnah noch jemand als Elternzeitvertretung eingestellt werden kann. Denn wir müssen auch bei der **Mobilitätswende** dringend weiterkommen. Die Mobilitätswende ist ein überaus wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes. Und sie ist eine der zentralen Herausforderungen - besonders hier auf der kommunalen Ebene. Weil hier im Kreis, in den Städten und Gemeinden die Mobilität der Zukunft realisiert und umgesetzt wird.

Mobilitätswende bedeutet Klimaschutz und Energieeinsparung. Mobilitätswende bedeutet saubere Luft, Gesundheit, Lebensqualität. Da haben wir im Kreis großen **Handlungsbedarf**. Wir brauchen mehr sichere Verkehrsinfrastruktur, mehr gute Radverbindungen, mehr Fahrradstraßen, mehr Tempo 30-Zonen und wir brauchen einen guten Öffentlichen Personennahverkehr im gesamten Kreis.

Besonders bitter für uns ist die Ablehnung unseres Antrags für ein Knotenpunktsystems für den Radverkehr. Ein System, das fast in ganz NRW erfolgreich eingeführt wurde. Auch in Bielefeld und angrenzenden Kreisen. Der Kreis Gütersloh ist einer von drei weißen Flecken im Rad-

Knotenpunktsystem des Landes. Diese Chance, hier mitzumachen, haben wir vertan. Wir verzichten damit auf viele Fördergelder. Der Radtourismus wird auch weiterhin einen großen Bogen um den besten Kreis der Welt machen.

Bevor ich zu unserer Bewertung des Haushalts insgesamt komme, erlauben Sie mir noch ein paar Worte zum **Umgang mit Einsparungen**, die aufgrund der schwierigen finanziellen Lage in den Städten und Gemeinden auch im Kreis erforderlich sind.

Hier hatten wir im letzten Kreisausschuss beantragt, einen Arbeitskreis „Konsolidierung und Verwaltungsentwicklung“ einzurichten. Die Ziele sollten unter anderem sein, die Kreisausgaben zu verringern, interne Prozesse zu optimieren und/oder durch Synergien Aufwandsverringerungen für den Kreis sowie für Städte und Gemeinden zu heben. Weil wir keine Chance auf eine Mehrheit für diesen Antrag gesehen haben, haben wir ihn schließlich zurückgestellt. Sehr schade aus unserer Sicht.

Stattdessen wurde lediglich beschlossen, bei den freiwilligen und steuerbaren Leistungen für den Eckwertebeschluss zum Haushalt 2025 sowie zum Haushalt 2024 Einsparpotentiale zu prüfen und darzustellen. Einsparungen bei freiwilligen steuerbaren Leistungen lassen sich unserer Meinung nach nur in geringem Maße erzielen. Eine in die Beratungen eingebrachte Deckelung dieser Leistungen wird für uns zum Beispiel in Anbetracht von erforderlichen Dynamisierungen bei den Personalkosten nicht möglich sein. Insgesamt halten wir dieses Vorgehen nicht für zielführend und ausreichend. Es ist einfach zu kurz gesprungen. Wir hoffen, dass sich im Verlauf des Prozesses zeigt, dass ein weitreichenderes Verfahren mit einem Arbeitskreis – wie von uns beantragt – doch sinnvoll und zielführend wäre. Dann können wir unseren Antrag später wieder aus der Tasche holen.

Nicht zu übersehen ist die deutlich angespannte finanzielle Lage der Städte und Gemeinden im Kreis. Das haben die zahlreichen Stellungnahmen zum Kreishaushalt sehr deutlich gezeigt. Nahezu alle Städte und Gemeinden haben das Problem, ihren Haushalt zukunftsfähig aufzustellen. Bei vielen geht es darum, die Haushaltssicherung zu vermeiden. Alle bitten den Kreis dringend darum, zu sparen, um die Kreisumlage zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir sehr, dass es dem Kämmerer gelungen ist, gegenüber dem Haushaltsentwurf knapp 5,4 Mio. Euro einzusparen und die Kreisumlage entsprechend zu senken.

Nun zu unserem **Fazit zum Haushaltsplan 2024**: wir sind nicht mit allen in den Ausschüssen gefassten Mehrheitsentscheidungen einverstanden. Aber über alles gesehen stimmt die Richtung. Deshalb gibt es heute von uns eine **Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsplan 2024**.

Im Namen der Grünen Fraktion danke ich allen in der **Verwaltung** für die **gute und offene Zusammenarbeit**. Vielen Dank an alle, die uns bei unseren Haushaltsberatungen unterstützt, sich mit uns ausgetauscht und unsere Fragen umfassend beantwortet haben. Ein besonderer Dank geht an Frau Koch, an Herrn Scheffer und sein Team, an Frau Jürgenhake, an Frau Dr. Lißner und ihr Team, an Herrn Kupczyk und besonders an Herrn Poppenborg, der überzeugend und erfolgreich seinen ersten Kreishaushalt eingebracht hat.

Ich möchte meine Rede mit einem weiteren großen Dank an die Bürgerinnen und Bürger im Kreis beenden. Vielen Dank an alle, die in den letzten Wochen Demonstrationen organisiert und Aufrufe verfasst haben für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Ich bin stark beeindruckt von den vielen tausend Menschen, die in vielen Orten im Kreis für ihre Überzeugung auf Demonstrationen und Kundgebungen gehen – oft zum ersten Mal –, um für eine bunte, vielfältige, freie, demokratische Gesellschaft einzutreten. Bitte lassen Sie uns alle zusammen weiter konsequent einsetzen für Demokratie, gegen Rechtsextremismus, für Menschenrechte und Menschenwürde, für Freiheit.

Ich danke Ihnen allen fürs aufmerksame Zuhören.

Birgit Niemann-Hollatz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Gütersloh

